

Abonnements-Bedingungen:
Kontinuität - Preis
Monatlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die Leihzeitschriften
jeweils 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche
Berichte und Verordnungs-Anzeigen 30 Pf.

Erchelet Ullrich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Für unsere Gegenwart!

Unter der Ueberschrift „Für unsere Zukunft“
versuchte sich kürzlich Herr Paul Harms im „Berliner Tageblatt“
an dem nicht alltäglichen Kunststück, die nationale Einheitschule
gegen die Sozialdemokratie auszuspielen.

Gelänge es doch Herrn Harms, von dieser seiner Ansicht
möglichst bald alle bürgerlichen Parteien zu überzeugen!
Wir würden dann wohl bald die Einheitschule haben!

Gelänge es also Herrn Harms, die Einheitschule zu ver-
wirklichen, weil sie „das tauglichste Mittel“ zur Bekämpfung
der Sozialdemokratie ist, wir Sozialdemokraten würden die
ersten sein, die ihm eine Dankadresse stiften.

Wir fürchten nur, Herr Paul Harms wird nicht viel Er-
folg mit seiner Ueberredungskunst haben. Selbst dann nicht,
wenn er vorsichtiger und bescheidenere nicht bei den
Zunfern des blauen Ostens oder den Pfaffen des schwarzen
Westens, sondern bei „den Nächsten dazu“, bei den liberalen
Fabrikanten, Börsenleuten und Intellektuellen, beginnen
würde.

Wenn Herr Harms in diese Reaktion den Liberalismus
einbeziehen sollte, wogegen wir selbstverständlich gar nichts
einzuwenden hätten, so hätte er recht, tausendmal recht.
Aber Herr Harms nimmt den Liberalismus, wie der Fortgang
und Ausgang seines Artikels erkennen läßt, leider aus, und so
bleibt uns die Aufgabe übrig, dem weltfremden Phantasten,
dem vor allem die liberale Schulpolitik ein Buch mit sieben
Siegel zu sein scheint, einige Tatsachen jüngerer Datums
vorzuhalten.

Warum hat der Liberalismus noch niemals dort, wo er
die Mittel und die Macht hatte, die Einheitschule — vor-
läufig innerhalb des Rahmens eines Bundesstaates — zu
verwirklichen, auch nur den Finger gerührt, um dieses an-
gebliche liberale Schulziel zu verwirklichen? Herr Harms
komme mir nicht mit Preußen und dem machtlosen Libera-
lismus des preussischen Dreiklassen-Parlamentes, obwohl der in
der Geschichte so wohl bewanderte Herr Harms wissen sollte,
daß es selbst in Preußen Zeiten gegeben hat, in denen der
Liberalismus die Macht in der Hand hatte. Leider benutzten
die damaligen Liberalen im preussischen Abgeordnetenhaus
aber ihre Macht nicht zur Förderung der Einheitschule,
sondern allenfalls zur Unterdrückung freirechtlicher und demo-
kratischer Schulpolitik. Den einzigen wirklichen Nachmann,
den sie in ihrer Mitte hatten, Diesterweg, haben sie so hunds-
köhnlisch behandelt, daß dem alten Kämpfer der Stiel mehr
als einmal bis an die Kehle gestiegen ist. Scheuten sie sich
doch nicht, sich mit der Rechten und den Katholiken zu ver-
binden, um Diesterweg und Hartort von der Unterrichts-
kommission auszuschließen!

Aber sehen wir von Preußen ab. Es gibt kleinere
Bundesstaaten, in denen der Liberalismus heute noch unum-
schränkt gebietet. Warum kommt dort die Einheitschule nicht
vorwärts? Warum ist sie in einem liberal-republikanischen
Stadistaat wie Bremen, wo kein Junker und kein Kardinal
dem liberalen Landdrang hemmend in den Arm fallen könnte,
noch weiter von ihrem Ziele entfernt als selbst in Preußen?
Warum beteiligt sich der Liberalismus überall munter an der
Errichtung der Mittelschulen? Warum hält er frampshast an
dem Einjährig-Freiwilligenrecht fest, obwohl auch dieses
einen Stein auf dem Wege der Einheitschule darstellt?

Aber wenden wir uns nach diesen Vorträgen — es sind
nur einige aus einer großen Sammlung — der Stätte zu,
die die entscheidenden Beschlüsse für die Verwirklichung der
nationalen Einheitschule zu fassen hätte: dem Deutschen
Reichstage! Gerade Herr Harms läßt erkennen, daß es ihm
auf eine wirkliche nationale Einheitschule, wobei der Nachdruck
auf national zu legen ist, ankommt, also auf eine einheitliche
Schulgesetzgebung durch das Reich, nicht auf fünfundsiebenzig
verschiedene partikularistische Einheitschulen in Deutschland.

Was hat der Liberalismus im Deutschen Reichstage
bisher zur Förderung der deutschen Einheitschule getan?
Nichts? Schlimmer noch: er hat ihr Schwierigkeiten in den
Weg gelegt.

Die Sozialdemokratie hat einen Initiativantrag auf
Schaffung eines Reichsschulgesetzes im Sinne
der Einheitlichkeit und Weltlichkeit der Schule und nach
den Richtlinien einer zeitgemäßen Pädagogik gestellt. Leider
ist der Antrag bei der Ungunst der parlamentarischen Ver-

hältnisse bisher nicht zur Verhandlung gelangt. So oft er
aber in anderem Zusammenhange, auf den ich noch zu sprechen
komme, gelegentlich in die Erörterungen hineingezogen wurde,
haben die Liberalen sich immer entsetzt vor der Einheits-
schule bekrugigt, als nahe der leidhaftige Gottseibeiuns.
Selbst der Vorsitzende der Einheitschule auf dem Kieler Kongress
der deutschen Volksschullehrer, selbst Herr Kerstensteiner, auf
den sich auch Herr Harms beiläufig beruft, hat immer mit
lebhaftem Protest den Gedanken weit von sich gewiesen, als
wäre er einer reichsgesetzlichen Regelung des deutschen Schul-
wesens auch nur in der Theorie geneigt. Er deutet seine rück-
ständige Ansicht mit der Beforgnis, durch ein Reichsschulgesetz
könne das Schulwesen „schablonisiert“ werden. Diese Furcht
zeugt von einer völligen Verkennung des Wesens eines Reichs-
schulgesetzes. Ein Reichsschulgesetz würde nur Mindestfor-
derungen gesetzlich festlegen, der Initiative der Selbstverwaltung
im einzelnen und nach oben hin würde es selbstverständlich
völlig freie Bahn lassen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird ihren Antrag, der
durch den Sessionschluss mit in den Papierkorb versenkt
worden ist, sicherlich im nächsten Herbst wieder einbringen.
Sie wird sich daran auch nicht durch die Hoffnung des Herrn
Harms hindern lassen, daß mit der Einheitschule als dem
„tauglichsten Mittel“ die Sozialdemokratie bekämpft werden
wird. Ueberzeugt Herr Harms bis zum Herbst — es sind ja
noch einige Monate bis dahin — seine liberalen Parteigenossen
in der Reichstagsfraktion von dem Wert der nationalen Ein-
heitschule, so haben wir hoffentlich die Freude, daß sie mit
uns für unseren Antrag stimmen. Sollte ihnen das aber eine
unerträgliche Perspektive sein, so können sie bis zum Herbst
ja noch selber einen Initiativantrag einreichen! Herr Harms
sieht, daß es uns Sozialdemokraten lediglich auf den Fortschritt
der Sache, nicht auf das politische Erstgeburtsrecht ankommt.

Aber Herr Harms muß schon mit Engelzungen reden.
Sonst geknigt ihm das schwere Werk nicht. Denn die Liberalen
haben im Reichstage noch handgreiflichere Beweise ihrer
Gegnerhaftigkeit zur Einheitschule geliefert.

Um zu dem ersten bescheidenen und ganz gewiß nicht
umstürzlerischen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Einheits-
schule anzutreten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion
im Februar 1912 einen Ausbau der Reichsschulkommission zu
einem selbständigen Reichsschulamt gefordert. Unter den
vielen schiefen und törichten Bemerkungen, die Herr Harms
in seinem Artikel beiläufig über die Sozialdemokratie macht
und auf die ich in diesem Zusammenhange einzugehen keine
Ursache habe, ist vielleicht die törichtste die Behauptung, die
Sozialdemokratie sei „durch und durch unhistorisch“ und habe
keinen Blick für geschichtliche Verklammerungen. Benignsten
müßte Herr Harms anerkennen, daß die Sozialdemokratie bei
ihrem Kampf um die deutsche Einheitschule durch und durch
historisch denkt und handelt. So wenig dankbar solche lang-
same und mühsame Reformarbeit auch ist: bei dem „historisch
Gewordenen“ der Reichsschulkommission knüpft sie an und
sucht zunächst einmal in diesen alten Schlauch neuen Wein
zu füllen. Sollte aber schon der erste Versuch ergeben, daß
der alte Schlauch solchen Anstrengungen nicht mehr standhält,
will sie natürlich auch einen neuen und starken Schlauch. Es
muß doch erst einmal eine Stätte im Deutschen
Reichsgeschaffen werden, von der aus das
deutsche Schulwesen aufmerksam beobachtet
wird, eine Stätte, die Anregungen sammelt
und weiter gießt, die die Bausteine für ein
zukünftiges Reichsschulgesetz zusammenträgt
und die Pläne vorbereitet!

Wie haben sich zu diesen Bemühungen die liberalen
Fraktionen des Reichstages verhalten?

Im Jahre 1912 standen sie der Anregung mit der Feind-
seligkeit völliger Unkenntnis gegenüber und lehnten sie Mann
für Mann ab. Bis 1913 hatte sich ein Mitglied der Fort-
schrittspartei mit der Sache vertraut gemacht, so daß seine
Stimme zu den sozialdemokratischen Stimmen hinzutrat.
Bis 1914 hatten sich die Liberalen endlich darauf besonnen,
daß es sich bei dem sozialdemokratischen Antrage eigentlich um
eine alte Forderung der liberalen Lehrerschaft handelte. Sie
formulierten selber einen Antrag, der freilich viel schlechter
als der sozialdemokratische war. Den letzteren lehnten sie ab.
Die Sozialdemokraten übten sich nicht im „Suppen-Kaspar-
Trog“, sondern verhalten, wenn auch mit innerem Wider-
streben, dem unzulänglichen liberalen Antrage zur Annahme.

Das war ein kleiner Fortschritt. Aber selbst ihn
haben die Liberalen in der dritten Lesung
noch wieder freiwillig vernichtet, indem sie
Mittel für den Ausbau einer preussischen Zentralstelle für
Erziehung und Unterricht forderten und damit zugleich den
von ihnen einige Monate zuvor geforderten Ausbau der
Reichsschulkommission zu einer reichsdeutschen Zentralstelle auf
den St.immerleinstag verschoben!

So sieht es um die praktische Arbeit des Liberalismus
„für unsere Zukunft“ aus, soweit wir diese in einem weit-
sichtig und arbeitsfroh erzogenen neuen Geschlechte zu sehen
haben. Herr Paul Harms läte gut, seinen Witz und seine
historischen Kenntnisse statt an der Sozialdemokratie an dem
deutschen Liberalismus zu üben, damit sich dieser endlich ent-
schließe, in der Gegenwart mit einer liberalen Schul-
politik den bescheidenen Anfang zu machen.

Heinrich Schulz.

Gegen
die Militärmißhandlungen.

Zeugen heraus!

Der Aufruf an all diejenigen, die Erfahrungen über die
traurigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre
Adressen anzugeben, hat Erfolg gehabt. Troßdem liegt es
im Interesse der Sache, das reiche Material noch zu ver-
vollständigen. Es gibt sicher noch viele, die meinen, sie
brauchten sich der geringen Mühe, sich bei uns zu melden,
nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien.
Es ist aber wünschenswert, eine möglichst vollständige
Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es
dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die
Militärmißhandlungen erlitten oder von solchen sichere
Kenntnis erlangt haben, sofort ihre Adresse uns zur
Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus
bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegs-
minister will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den
die Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die unermüdlche
Bekämpferin der Militärmißhandlungen, führen will, muß mit
doppelter und dreifacher Wucht auf sie zurückfallen.

Deshalb tut Eure Pflicht und stellt uns Eure Erfahrungen
zur Verfügung!

Der albanische Aufstand.

Die Aufständischen haben den Angriff auf Durazzo ab-
gebrochen und haben in größerer Entfernung von der Stadt
Stellung genommen. Daß von einer Niederlage der In-
greifer keine Rede sein kann und ebensowenig von einem Ende
der Kämpfe, zeigen die neuesten Nachrichten über einen neuen
Ansturm auf Durazzo. Die Stellung des Fürsten ist nach
wie vor unhaltbar.

Die Kampfpause.

Durazzo, 17. Juni. (Durch Funkpruch vom Kreuzer „Szigetbar“.)
Das Gefecht in der Nacht zum 16. dauerte nur kurze Zeit und be-
schränkte sich auf erfolglos gegenseitiges Feuer, welches nach einer
halben Stunde auf der ganzen Linie völlig verstummte. Die übrige
Nacht verlief ohne Zwischenfall. Der Feind räumte die
Höhen nördlich von Durazzo und zog sich in der Richtung auf
Kadul hinter die Hügelkette zurück. Dort sind starke Posten
der Aufständischen zu bemerken. Der gestrige Vormittag
verstrich, ohne daß das Gewehrfeuer wieder eröffnet wurde;
immerhin wurden die Anhöhen um Durazzo zeitweilig unter
Geschützfeuer genommen. Das eigene und das feindliche Gelände
wurden inzwischen nach Toten und Verwundeten abgesehen, deren
Anzahl zwar nicht genau bekannt ist, aber Hunderte betragen muß.
Während des ganzen Vormittags wurden die aufgefundenen
Toten beerdigt. Die Leiche des Obersten Thomson wurde
in das im Palais eingerichtete Hospital gebracht und dort aufgebahrt.

Für gestern Abend war ein Vormarsch der Regierungstruppen
mit den vorgestern angekommenen 1200 Wallisoren gegen
das Rebellenlager bei Schial geplant. Da der Fürst aber einen
Kastag anordnete, wurde der Vorstoß um einen Tag ver-
schoben. Ins Palais sind Nachrichten aus Kawaja gelangt,
daß dort gestern Nacht Kämpfe der Regierungstruppen mit
Rebellen stattgefunden haben. Die Rebellen sollen sich ergeben und
erklärt haben, keine eigenmächtigen Ziele zu verfolgen, sondern zum
Kampfe aufgehet worden zu sein. (?)

Der deutsche Geschäftsträger v. Lucius ist hier eingetroffen.

Neuer Sturm auf Durazzo.

Durazzo, 17. Juni. (Meldung der Agenzia Stefani von
1 Uhr 30 Minuten nachmittags.) Die Aufständischen
haben die Stadt plötzlich wieder angegriffen, während
die Wiriditen gegen Sial im Gefechte stehen. Man fürchtet,
daß die Aufständischen jeden Augenblick in großer Anzahl in
die Stadt eindringen könnten. Die Wallisoren
weichen zurück, aber man ist dabei, neue Verteidigungs-
maßnahmen zu treffen, um die Stadt zu halten, bis neue Ver-
stärkungen von Norden eintreffen.

Die Aufstandsbewegung in der
Romagna.

Rom, 18. Juni 1914. (Fig. Ber.)

„Bievole“, sagte der Ministerpräsident Salandra gestern
in den Wandelgängen der Kammer, „haben sich vor kurzem nach
meinem Amt gedrängt: und jetzt will es keiner.“ Diese Worte,
die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, kennzeichnen
besser als alle anderen die Situation, die sich für die Re-
gierung aus der Aufstandsbewegung in der Romagna ergibt.
Natürlich kann man darüber lächeln, daß in einigen Duzenden
von Orten der Romagna vier Tage hindurch die Republik
proklamiert war, und daß die dortige Bevölkerung so gewisser-
maßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit Weltgeschichte ge-

spielt hat. In Wirklichkeit ist aber an der Sache verflucht wenig zu lachen, und Salandra fühlt ganz richtig, daß es niemandem gelüftet, heute an seiner Stelle zu stehen.

Seit dem 8. Juni sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen mit der Romagna abgebrochen und sie sind zur Stunde noch nicht wieder hergestellt. Als am Abend des 7., gleich nach der Bluttat von Ancona, der Generalfreie kommandiert wurde, wurden überall die Telephon- und Telegraphenlinien unbrauchbar gemacht. Das republikanische Agitationskomitee ließ durch Automobile und Zweiräder den umliegenden Dörfern gehen, überall die Republik zu proklamieren. Man scheint dabei den Glauben erweckt zu haben, daß dies im übrigen Italien bereits geschehen sei. Jedemfalls spielte sich die Sache so ab, daß in den kleinen Orten, in denen kein Militär stand, die Karabinieri von der Landbevölkerung entwaffnet wurden, dann entfernte man überall die königlichen Wappen, hing rote Fahnen aus und schickte sich dazu an, eine republikanische Verwaltung zu organisieren, die in den meisten Orten sofort die Kirchen schließen ließ und eine Revision des Steuerwesens in Angriff nahm.

Die Romagna ist kein geographischer, sondern ein geschichtlicher Begriff. Sie umfaßt ungefähr den Teil der unteren Poebene, der zum Kirchenstaat gehörte. Als administrative Einheit existiert sie nicht mehr. Ihre Provinzen werden in der italienischen Statistik teils der Emilia, teils den Marken zugeteilt. Sie bildet, um sie geographisch abzugrenzen, ein sehr spitzes Dreieck zur Rechten der Romagna, zwischen Po, Apennin und Adria. Die Bevölkerung lebt vorwiegend von der Landwirtschaft. Drei Viertel der Arbeiter sind Landarbeiter. Betrachtet man Ancona gesondert, das das Zentrum der Bewegung bildete, so haben wir eine dicht bevölkerte Provinz (165 Einwohner pro Quadratkilometer gegen 120 im ganzen Lande). Von Ancona aus griff die Bewegung längs der Meeresküste nordwärts auf alle Städte bis Ravenna über, dann westwärts, nach dem Innern zu bis Lugo, Imola und Faenza. Es handelt sich um ein Gebiet, in dem revolutionäre und republikanische Tradition sehr tief wurzelt. Diese Gegenden, die unter der päpstlichen Knute seufzten, haben während des nationalen Befreiungskampfes ihren Kampf um die politische Einheit vorwiegend auch als Kampf um die Republik verstanden. Unsere Partei hat hier wenig Fuß fassen können. Während die republikanischen Stimmen im ganzen Lande nur 3,5 Proz. der abgegebenen Stimmen betragen, haben die Republikaner in den Provinzen Forlì, Ravenna, Ancona und Pesaro ein Drittel der gesamten Stimmenzahl und verfügen über vier von acht Mandaten der Romagna.

Es ist nun in hohem Maße bemerkenswert, daß die Aufstandsbeziehung zwar vor den städtischen Zentren ansagte, aber auf dem flachen Lande am festesten Fuß gefast hat. In Rimini, Alfonsoine, Cerbia, Fabriano, Lugo usw. wurde einfach die Republik proklamiert und zwar, wie es scheint, ohne weitere Ausschreitungen. In Cesena, so zum Ausbrennen von Kirchen, Plündern von Lagerräumen, kam es nur in den Städten. Auf dem flachen Lande geschah bloß das, was man für nötig hielt und was unter den Umständen auch wirklich nötig war, nämlich die Unbrauchbarmachung der Telegraphen- und Telefonlinien und der Eisenbahntrecken. In Fabriano wurde das republikanische Regime damit eingeweiht, daß man die Automobile der Privatbesitzer requirierte und in den Dienst des Komitees stellte. Dann wurde Getreide und Korn requiriert und der Weizen zu 15 Lire der Doppelzentner, die Küchner zu 25 Cent. das Stück verkauft. Die Bevölkerung war so fest davon überzeugt, daß in ganz Italien die Republik proklamiert sei, daß sie die Nachricht von dem Anzug eines Bataillons Verfolgter mit Jubel begrüßte. Das konnten nur die Soldaten der neuen Republik sein! Man zog ihnen entgegen, umarmte und küßte sie, geleitete sie im Triumph in die Stadt und gab ihnen zu essen und zu trinken. Die Soldaten, die geschickt worden waren, um einen Aufstand niederzuschlagen, wußten gar nicht, wie ihnen geschah. Am Abend, als der Major die Gefangenen in der Kaserne hatte, erklärte er ihnen den Irrtum der Bevölkerung, hielt es aber doch für klug, nach der Verbrüderungsfeier des Tages die Truppen nimmermehr in der Kaserne zu behalten.

Wenn dieser Episode eine unzweifelhafte Komik zukommt, so freist die schon von den Telegraphenbureaus verbreitete Geschichte des gefangenen Generals dicht an das Tragische. Eine offizielle Darstellung der Sache liegt noch nicht vor, eben, weil die Verbindungen mit der Romagna noch abgebrochen sind. Nach den Darstellungen der Presse war der General Agliardi im Automobil mit sieben anderen Offizieren auf einer Erkundungsfahrt, um die Möglichkeit einer Ausschiffung von Truppen zu prüfen, als er von 500 Landarbeitern umstellt wurde. Die Offiziere mußten ihre Säbel abgeben und waren „kriegsgefangen“. Vom Kommando wurden nur Truppen geschickt, um die Offiziere zu befreien. Hierfür erhielten die Auffständischen Kenntnis und unterrichteten den General Agliardi. Dieser scheint eine Vorstellung von dem unermeßlichen Unheil gehabt zu haben, das aus einem Zusammenstoß der Truppen mit den 500 Landarbeitern erwachsen wäre. Er erbot sich also, den Truppen entgegenzugehen und sie zur Umkehr zu bewegen. Im Sonnenbrande legte der General fast 8 Kilometer zurück und bewog die Soldaten zum Abzug. Inzwischen blieben die Offiziere als Geiseln. Nachher wurden alle in Freiheit gesetzt, nachdem der General den Landarbeitern eine schriftliche Erklärung ausgestellt hatte, in der er die erfahreneren gute Behandlung bescheinigte. Die Sache wird natürlich ein langes Nachspiel haben. Die einen preisen den General wegen seiner Bürgerlichkeit, die anderen beschuldigen ihn, seine Standeshere verlegt zu haben. Jedenfalls hat er viel Blutvergießen verhindert und den Rückschlag dieses Blutvergießens, der in so kurzer Stunde hoch aufschlagen konnte, bis zu den Pfosten des politischen Regimes. (Unter dessen hat die Regierung den General zur Disposition gestellt. R. d. V.)

Man nehme die Ereignisse der Romagna nicht leicht, wenn sie auch in der nachträglichen Darstellung etwas Lustspielhaftes haben. Man vergegenwärtige sich, daß die Bevölkerung keinen äußeren Zwang unterlag, daß von Einschüchterung nicht die Rede sein konnte. Das Wort Republik fand die Massen alle eines Sinnes, bereit, ohne Zögern mit dem alten Regime zu brechen. Das war nicht eine momentane Laune: das ist der Ausdruck einer tief im Gemüt der Massen wurzelnden Ueberzeugung. Diese war da vor der Provokation von Ancona; sie wird noch da sein, wenn man die letzten Spuren der heutigen Bewegung verwischt haben wird.

Uebrigens lehrt die Regierung jetzt ganz verständliche Seiten heraus. Der Präzept von Ancona, der das Kommando der Stadt in den Tagen des Generalstreiks in die Hände der Militärbehörden gelegt hat, ist abgesetzt worden. Salandra weiß, daß, wenn ihn heute niemand um seine Stellung beneidet, man ihn morgen beneiden oder verwünschen könnte. Er weiß besser als die reaktionäre Presse, daß das, was in dieser Woche über die Romagna heringebrochen ist, keine Komödie war: nichts zum Lachen, aber viel zum Nachdenken.

Ostpreussischer Pferdehandel.

Zur Herbst vorigen Jahres spielten sich in Ostpreußen beim Ankauf von Militärpferden durch die Remontekommission Vorgänge ab, die unter den ostpreussischen Pferdebesitzern und Landwirten Aufsehen und Unwillen erregten.

Diese Vorgänge wurden besprochen in einem „Eingefand“, welches der in Stollupönen erscheinende „Ostdeutsche Grenzboten“ veröffentlichte. Der Einsender H. Eigner führte eine Reihe von Einzelsfällen an, die sich so abspielten: Der Vorsitzende der Remontekommission wies Pferde, welche ihm von Landwirten zum Kauf vorgeführt worden waren, als unbrauchbar zurück und rief den Besitzern, die Pferde an die Händlersfirma Sandelowski u. Nachmann in Königsberg zu verkaufen. Das geschah denn auch, und bald darauf kaufte die Kommission dieselben Pferde, welche sie kurz vorher zurückgewiesen hatte, von Sandelowski u. Nachmann, die bei diesem Geschäft sehr große Gewinne erzielten. So führte der Einsender unter anderem einen Fall an, wo die genannte Firma von einem Gutsbesitzer einen von der Kommission zurückgewiesenen Nappwallach mit Schutzstern und weißen Flecken — also ein leicht wiedererkennendes Tier — für 900 M. kaufte und noch an demselben Tage für 1400 M. an die Kommission verkaufte.

Das „Eingefand“ des „Ostdeutschen Grenzboten“ hatte der „Vorwärts“ abgedruckt und eigene kritische Bemerkungen über den sonderbaren Pferdehandel hinzugefügt. Durch diese Bemerkungen soll der Vorsitzende der Remontekommission, Major v. Rundstedt in Königsberg, beleidigt sein. Der Kriegsminister hat Strafantrag gestellt und nun haben sich heute die Genossen Leid, Bermuth und Wielepp, welche die Nummern in denen der ostpreussische Pferdehandel besprochen war, verantwortlich gezeichnet hatten, vor Gericht zu verantworten.

Die Anklage läßt sich im wesentlichen auf folgendes: In Nr. 254 des „Vorwärts“ vom 29. September, die Genosse Bermuth als Verantwortlicher gezeichnet hat, ist das schon erwähnte „Eingefand“ aus dem „Ostdeutschen Grenzboten“ abgedruckt und hinzugefügt:

„Ueber dieselbe Kommission und die gleiche Firma wird uns noch aus Darkehmen geschrieben, daß beide am 21. September dort im Hofe der Infanteriekaserne Markt abgehalten und, wie in Villalien, hübsch Hand in Hand gearbeitet haben.“

So versteht eine geschäftstüchtige Pferdehändlerfirma mit Hilfe eines Remontekommissars an der Schlagfertigkeit der Armeemitzuarbeiten. Das geht zur Einstellung kommende minderwertige Pferde material muß in wenigen Jahren natürlich unbrauchbar sein, dann blüht der Weizen der Händler von neuem.

Das große Opferjahr 1913 zeitigt doch, recht übel duftende Klagen.“

In der vom Genossen v. L. B. geschickten Nr. 261 vom 6. Oktober wird der ostpreussische Pferdehandel in drei Zeichnungen und einem dazugehörigen Gedicht satirisch behandelt.

Dann kamen wir auf die Angelegenheit nochmals zurück in Nr. 262 vom 7. Oktober, die Genosse Wielepp verantwortlich gezeichnet hat. Hier sind erneute Äußerungen des Herrn Eigner im „Ostdeutschen Grenzboten“ abgedruckt. Bei dieser Gelegenheit wird zum ersten Male Major v. Rundstedt als Vorsitzender der Remontekommission genannt.

Eigner schreibt unter Bezugnahme auf seine erste Veröffentlichung, die an der Hand bestimmt bezeichneter Einzelsfälle darlegte, daß die Kommission von ihr zurückgewiesene Pferde bald darauf von Sandelowski u. Nachmann kaufte:

„Als ich den Artikel abfahte, ging ich von der Ansicht aus, einmal während beim Ankauf volljähriger Pferde aufzuwachen, gleichzeitig aber Herr Major v. Rundstedt Gelegenheit zu geben, sich in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Er hätte dies leicht machen können, wenn er durch ein paar Zeilen an die Redaktion der Zeitung den Artikel für unwar erkläre. Es ist leider von seiner Seite keine Antwort erfolgt, und es kann daher nur angenommen werden, daß die geschilderten Vorfälle Tatsachen darstellen.“

Ferner richtet Eigner eine Reihe von Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung er die Bestätigung seiner Angaben erwartet, an den Major v. Rundstedt. Eine dieser Fragen — der „Vorwärts“ bezeichnete sie als besonders brenzlich — lautet:

„Ist es richtig, daß ein Pferd des Herrn v. Rundstedt sich bei der Firma Sandelowski u. Nachmann in Pflege befindet oder befand?“

In Nr. 268 vom 13. Oktober, für die Genosse Leid verantwortlich ist, brachten wir neues Material aus der „Ostpreussischen Partie“ in Insterburg, welche schrieb:

„In Neukirch (Kreis Niederung) wurden durch die ostpreussische Ankaufskommission von etwa 200 Pferden nur 20 angekauft, eine große Anzahl guter Pferde aber mit dem Anheimgeben zurückgewiesen, dieselben doch an die bekannte Pferdegroßhandlung Sandelowski u. Nachmann zu veräußern. Dieselbe kaufte in Neukirch, wie auch auf zahlreichen anderen Märkten, eine Anzahl dieser Pferde an, um sie später der Kommission vorzustellen und zu wesentlich höheren Preisen an dieselbe zu verwerten. Zwei Besitzer aus Lokiden hatten je ein Pferd und ein Besitzer aus Kreppenhausen hatte zwei Pferde in Neukirch erfolglos vorgestellt und auf den Rat der Kommission an die genannte Firma verkauft. Dieselbe bezahlte zwei dieser Pferde mit je 900 M. und zwei mit je 800 M. und verkaufte sie an die Kommission bereits vier Tage später in Litsi weiter. Auf die Höhe des Händlergewinns läßt der Kaufhand schreiben, daß drei dieser Pferde für die Maschinengewehrabteilung angekauft wurden, also mit je 1470 M. bezahlt worden sein dürften.“

In derselben Nummer druckten wir eine Äußerung der „Ostpreussischen Zeitung“, ab, welche es als richtig bezeichnet, daß der Vorsitzende der Remontekommission Landwirten, deren Pferde er zurückwies, geraten habe, dieselben an Sandelowski u. Nachmann zu verkaufen. Aber — so schrieb die „Ostpreussische Zeitung“ — es habe sich um Pferde für die Maschinengewehrabteilung gehandelt, die nur paarweise gekauft werden. Die Firma stelle die Paare zusammen. Daß die Kommission selbst die einzeln gekauften Pferde paarweise zusammenstelle, sei ausgeschlossen.

Diese Äußerung hatten wir als eine offiziöse Verteidigung des sonderbaren Pferdehandels bezeichnet. Schließlich erstreckt sich die Anklage noch auf eine an anderer Stelle der Nr. 268 vorkommende satirische Bemerkung über den Pferdehandel.

Die Anklage behauptet nicht, daß die im „Vorwärts“ angeführten tatsächlichen Angaben über die Geschäftspraktiken der Remontekommission falsch seien. Dagegen behauptet sie, beleidigend für Major v. Rundstedt seien alle die Äußerungen, durch welche er beschuldigt werde, Pferde aus anderen als sachlichen

Gründen zurückgewiesen, mit der Firma Sandelowski u. Nachmann Hand in Hand gearbeitet zu haben, um ihr einen hohen Gewinn und sich selbst persönliche Vorteile zuzuwenden. Solche Anschuldigungen gegen den Major sind in unseren Artikeln nicht erhoben worden, wohl aber ist die ungebührliche Art, Firmen zu empfehlen, geeignet, den Herrn v. Rundstedt selber in einen bestimmten Verdacht zu bringen.

Für die Berührung sind zwei Tage angelegt, da ein umfangreicher Wahrheitsbeweis angetreten ist. Es sind 30 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen.

Politische Uebersicht.

Eine Demonstration der Freikonservativen.

Die freikonservative Fraktion des preussischen Landtags hat unter Führung des Abg. Dr. Krendt folgenden Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung aufzufordern, gegenüber den Beschüssen der sozialdemokratischen Verbandsgeneralversammlung zu Berlin vom 14. Juni 1914, welche auf Erzwungung des gleichen Wahlrechts für Preußen durch Vorbereitung des Massenstreiks und Sammlung eines Kampffonds gerichtet sind, alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln zu treffen.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ Nächst Weisall und der Edle v. Zedlitz gibt in der „Post“ die Begründung:

„Abgesehen davon, daß jene Beschüsse wenigstens innerhalb der organisierten Sozialdemokratie von Groß-Berlin zu neuer Deutlichkeit und Härte Anlaß geben, enthalten sie einen so direkten Vorstoß gegen die bestehende Staatsgewalt, daß, wenn nicht kräftig eingeschritten wird, die Autorität des Staates bei den Massen notwendig Schaden leiden muß. Der politische Massenstreik ist die modernste Form der Revolution. Er hat mit dem bewaffneten Aufstand das Ziel gemeinsam, eine Veränderung der bestehenden Staatsordnung durch andere als die verfassungsmäßigen Mittel zu erzwingen und unterscheidet sich daher von der Revolution mit Hilfe der Barrikaden nur durch die Wahl eines anderen Mittels zur Erreichung dieses Zieles. Kann man den bewaffneten Aufstand mit der Erstürmung einer belagerten Festung vergleichen, so erscheint der politische Massenstreik der Auszehrung eines belagerten Plazes durchaus vergleichbar. Hält man an diesem Vergleich fest und stellt sich vor, daß in jener Generalversammlung beschlossen wäre, den bewaffneten Aufstand vorzubereiten und zu diesem Ende zur Beschaffung der nötigen Waffen einen entsprechenden Fonds zu sammeln, so wird man erkennen, welche starke Herausforderung gegen den Staat und ihre Autorität in dem am 14. d. M. gefaßten sozialdemokratischen Beschluß zu erkennen ist.“

Das preussische Abgeordnetenhaus ist verlag und bis zu seinem Zusammentritt wird die Temperatur merklich kühler sein. Im übrigen sollten sich diese glühenden Berehrer der Gesetzlichkeit zunächst an ihre eigenen Gesetze halten. Wir wenigstens wüßten nicht, wie die Zuständigkeit des preussischen Landtags und seiner Regierung begründet werden sollte. Aber im Reichstag sind die Mannen um Jedlig so zusammen geschmolzen, daß sie keine Fraktion mehr darstellen, und so verlegen sie den Schauplatz ihrer Heldentaten kurz entschlossen in den Landtag. Aber auch hier heißt's: Vertagung, Vertagung!

Fortschrittlich-nationalliberale Entfremdung im Westen.

Zwischen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei im Wahlkreis Dortmund besteht seit vielen Jahren eine Art Kartellvertrag. Bei den Parlamentswahlen gingen beide Parteien stets zusammen, die Fortschrittler stimmten sofort für den nationalliberalen Kandidaten, die Nationalliberalen garantierten den Fortschrittler eine gewisse Zahl Stadtvorordnetenmandate, und im Dortmunder Stadtparlament bildeten die Stadtvorordneten beider Richtungen sogar eine Fraktionsgemeinschaft. In letzter Zeit hat sich aber wieder eine sehr offensichtliche Gewalt Herrschaft der Altnationalliberalen herausgebildet, und die Altnationalliberalen sind es ja auch, die das famose Wahlbündnis mit dem Zentrum, das bis 1919 Gültigkeit haben soll, abgeschlossen haben, das aber anscheinend die Fortschrittler sehr verknüpft hat. Die Vertimmung in den Reihen der Liberalen reicht sehr weit, wie das gelegentlich in Stadtverordnetenversammlungen deutlich zum Ausdruck kommt. Jetzt ist in der Generalversammlung des Wahlkreisverbandes der fortschrittlichen Volkspartei ganz offen und entschieden der Bruch mit den Nationalliberalen gefordert worden. In dem Bericht des Dortmunder fortschrittlichen Organs heißt es darüber:

„Von verschiedenen Seiten wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht mehr angehe, einfach als Hilfsarmee der hiesigen Altnationalliberalen zu fungieren, und als notwendig bezeichnet, bei den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen nach vorgängiger Stärkung der Organisation selbständig auf dem Plan zu erscheinen.“

Wenn die Fortschrittler nur die nötige Courage aufbringen, könnten sie den allseitig verhassten Altnationalliberalen sehr bald den Rang ablaufen.

Aufklärung erforderlich!

Im amtlichen „Deutschen Kolonialblatt“ findet sich die kurze Mitteilung, daß die Zulassung des Rechtsanwalts Friker in Duala zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft bei den Bezirksgerichten in Duala und Kribi und dem Obergericht in Buaa widerrufen worden ist. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ wollen dazu erfahren haben, daß

Rechtsanwalt Friker in der Frage der Enteignung die Pflichten des weißen Rassenbewußtseins so weit vergessen, daß er die Regier in ihren Freiheiten gegen die deutsche Regierung beriet und unterstützte. Jetzt sei nach § 3 der Verfügung des Reichsanwalters über die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten vom 25. Dezember 1900 vom dem Richter die Zulassung des Herrn widerrufen worden. Danach würde der Rechtsanwalt gemahregelt worden sein, weil er es gewagt hätte, die Eingeborenen in einem Rechtsstreit pflichtgemäß zu unterstützen. Wir meinen, daß die Regierung sich schleunigst zu dieser Angelegenheit wird äußern müssen.

Landrätliche Sozialreform.

Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik hielt in Köln seine Generalversammlung ab. Landrat Dr. Marschall v. Dieberstein aus Montabaur hielt einen Vortrag über die „Sparspflicht der Minderjährigen und die Wohnungsfrage“, worin er die Schaffung eines Reichsgesetzes verlangte, das die Unternehmer zwingt, den jungen Arbeitern bis zur Volljährigkeit je nach dem Verdienst 5-15 Proz. als Spargeld zurückzuhalten. Er hofft damit, Kapitalien für den Kleinwohnungsbau zu gewinnen, und will durch seine Methode die proletarische Jugend bis zur Volljährigkeit zur Ersparung derjenigen Summen nötigen, die jetzt für schädliche oder wertlose Genüsse

Gewerkschaftliches.

Deutschnationale Komödie.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte zu seinem rheinisch-westfälischen Gau... Das erscheint selbstverständlich für diesen Verband.

Also hat doch wohl die Oberfelder Handelskammer die Einladung zu dem deutschnationalen Gau... und durch Entsendung einer Vertretung den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband geehrt?

Nach Empfang des Abfragebriefes gab es lange Gesichter bei den Deutschnationalen. Ihr Gauvorsitzer ersuchte die Handelskammer ganz ergebenst, sie möge doch ihre Behauptung beweisen.

Doch! Solche Störung der schönen Harmonie. Aber das kommt davon, wenn man in seiner Harmonieduselei nicht konsequent ist.

Berlin und Umgegend.

Streik der Köhler.

Seit Dienstag, den 16. Juni, stehen die Berliner Köhler in einer allgemeinen Lohnbewegung. Da die Unternehmer im Jahre 1912 bei den damaligen Verhandlungen wegen Verlängerung des Vertrages an die Arbeiter das Ansinnen stellten...

Kleines Feuilleton.

Wachen Sie den Kerls Stimme! Es geht gegen ein Uhr mittags. Die Sonne senkt gerade herunter vom blaugrauen Firmamente. Die Luft zittert. Kein Windhauch regt sich.

Der Gesang der Soldaten besteht nur aus einzelnen Tönen. Ein Soldat sieht ein Wort aus, das unverständlich bleibt; der zweite ein anderes, der dritte das weitere.

Der Sergeant ruft den Soldaten etwas zu. Und lauter setzt ihr Gesang ein, ein Gesang zwar, aber ein gemachter, und deshalb eine schallende Anklage gegen ein System...

Eine Arbeiter-Kunstausstellung. Die moderne Arbeiterklasse dringt fast auf allen Kulturgebieten zu einem eigenen wurzelfesten Leben vor, und so regen sich in ihr auch auf künstlerischem Gebiet Kräfte...

das es so nicht weiter gehen könne und legten am Dienstag einmütig die Arbeit nieder. Wir ersuchen besonders die Papier- und Zimmerer, den Streikenden gegenüber vollste Solidarität zu üben.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen im „Heidschloß Hohenbrunn“ (Inhaber Lehmann) bei Erner sind zu beiderseitiger Zufriedenheit von der Organisation durch Tarifabschluss geregelt und die Sperre somit aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Berlin I.

Deutsches Reich.

Unter allen Umständen politisch.

Die Politisch-Erklärung des Transportarbeiter-Verbandes in Breslau, die vor einigen Wochen vom Amtsgericht ausgesprochen war, unterlag am Dienstag der Nachprüfung des dortigen Landgerichts.

Aber alles das blieb auf den Gerichtshof ohne jede Einwirkung. Gewiß sei der Handels- und Transportarbeiterverband in erster Linie ein Verein zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder...

Streikbruch der Christlichen.

In den Orten Bühlberg, Hauenberg, Tittling, Emsfetten und Netten, die in der Grenzdomäne Niederbayern liegen, streikten etwa 500 Steinarbeiter. Der Kampf, der soeben beendet wurde, dauerte 9 Wochen.

Soeben haben in Passau unter dem Vorhitz des Bezirksamtmannes mit den Streikenden, die dem Zentralverband der Steinarbeiter (Sig Leipzig) angehören, Einigungsverhandlungen stattgefunden.

Darüber großes Erstaunen bei den Anwesenden. Diese Konstatierung mußte wie ein Welterschlag auf die Christen wirken.

rechtfertigen. Die Streikbrecherei der Christlichen aber war damit glatt erwiesen. Die Christlichen haben nun den Erfolg, daß sie die 5 Proz. Zulage, die auf die Grabsteinarbeiten erzielt wurden, ebenfalls einstecken, trotz des verübten Streikbruchs.

Eine nette Gesellschaft, diese Christen. Man darf sich bei ihnen aber nichts mehr wundern.

Metallarbeiterstreik in Halle. Bei der Firma Paul Jeller, Maschinenfabrik in Halle a. S., haben am Montag sämtliche Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Streikenden hatten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. beantragt...

Der Zentralverband der Gärtner im Jahre 1913.

Mit einem Mitgliederzuwachs von 515 konnte der Verband das Vorjahr abschließen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt von 6930 auf 7465.

Der Kassenbestand erhöhte sich von 85 088 M. auf 78 628 M. Davon befinden sich in den Ortsklassen 24 042 M. Die Einnahmen betragen 198 904 M. Die Gesamtansgaben betragen 185 985 M.

Die wirtschaftliche Niedergang auf den Gärtnerberuf wirkt, zeigt die Arbeitslosenstatistik des Verbandes. 1912 wurden 4300 Arbeitslose mit 41 402 Arbeitslosentagen, 1913 hingegen 5342 Arbeiter mit 60 282 Arbeitslosentagen gezählt.

Ausland.

50 000 Streikende in Waku.

Am 10. d. M. traten die Arbeiter fast sämtlicher Kaphtawerke in Waku, insgesamt über 50 000 Personen, in den Ausstand und stellten neben einer Reihe von Forderungen, die auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hingingen...

läßt man bei derartigen Erhebungen die mannigfaltigen individuellen Motive, aus denen heraus die persönlichen Fragen beantwortet wurden, unberücksichtigt und gelangt dann zu unhaltbaren Zehlschlüssen.

Der Fürst als Mäzen und Theatergenosse. In Regensburg „residiert“ der Fürst von Thurn und Taxis, einer der reichsten Magnaten Bayerns. Ihre zahllosen Millionen verbannt die Familie Thurn und Taxis dem Umstande, daß sie jahrhundertlang das Monopol auf das Postwesen in Deutschland besaßen...

Notizen.

Keine Reichseinheitsstenographie! Die Versuche, eine einheitliche deutsche Stenographie zu schaffen, dürfen vorläufig als gescheitert gelten.

Der dritte internationale Kongress für Berufskrankheiten, der im September in Wien tagen wird, wird sieben Hauptfragen beraten: die Ermüdung oder die Physiologie und die Pathologie der Arbeit mit Bezug auf das Nervensystem...

Ein literarischer Verleumdungsprozess. Auf den Angriff Karl Streckers in der „Deutschen Presse“, die er Ernst habe unliebame Beurteilung seiner Schriften dadurch zu beschuldigen versucht...

Von vornherein stehen wir nicht an zu sagen, daß wir dem harmlosen Appellationspoeten wohl einen verständnisvollen Durchbruch gegen Riesche, keineswegs aber eine Gemeinheit, wie die ihm von dem „Täglichen Rundschau“-Mann unterstellt, zustauen.

Parteiangelegenheiten.

Sächsischer Wahlkreis.

Die jugendlichen Mitglieder der Gruppe Wedding und Dramenburger Vorstadt beteiligten sich am Sonnabend, den 20. Juni, an der Sommerfeier in den Golemer Bergen. Treffpunkt: Sonnabend, abends 8 Uhr, Rettelbedplatz (Uraniasäule). Fahrgehalt insgesamt 80 Pf. Proviant, Decken und Badzeug sind mitzubringen.

Köpenick. Den Lesern unserer Bibliothek zur Kenntnisnahme, daß in der Zeit vom 1. Juli bis einschließlich 15. August d. J. keine Bücher zur Ausgabe gelangen. Während dieser Zeit bleibt die Bibliothek wegen Renovierung und Erweiterung geschlossen. Alle Genossen, welche noch im Besitz von Büchern sind, werden ersucht, dieselben umgehend, spätestens jedoch bis 25. d. Mts., an die zuständige Stelle abzuliefern.

Berliner Nachrichten.

Ein Kulturwerk.

Ein Kulturwerk ersten Ranges bildet die gestern feierlich in Anwesenheit des Kaisers erfolgte Eröffnung des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin. Der neue Wasserweg verbindet Berlin mit dem größten preussischen Hafen an der Ostsee und bildet ein Meisterstück moderner Wasserbaukunst. Zwar hat es auch bisher an einer Verbindung zu Wasser mit Stettin nicht gefehlt, allein bei der Entwicklung des Verkehrs und der Schiffstechnik reichte der bisherige Wasserweg nicht mehr aus. Obwohl von Berlin bis zur Oder 19 oder 20 Schleusen zu durchfahren sind, je nachdem der Weg durch den Berlin—Spandauer Schiffahrtskanal oder durch die Spree genommen wird, nahm der Verkehr auf dieser Wasserstraße stetig zu. Durch die Schleuse bei Eberswalde, die im Jahre 1882 noch 1 002 555 Tonnen beförderte, gingen 1896: 2 117 897 Tonnen, 1901: 2 190 257 Tonnen, 1906: 2 720 767 Tonnen, 1911: 2 712 096 Tonnen. Dem weiteren Wachsen des Verkehrs konnte nur durch eine leistungsfähige Wasserstraße für Schiffe von größerer Abmessungen begegnet werden. So schuf man neben dem alten einen neuen Kanal für Schiffe von 600 Tonnen Tragfähigkeit, nämlich von 65 Meter Länge, 8 Meter Breite bei 1,75 Meter Tiefgang. Wendestellen sind in größerer Zahl auf der Kanalstrecke verteilt. Der Großschiffahrtsweg wird von 6 Eisenbahnlinien und einer großen Anzahl von Straßen durchkreuzt. Zur Uebersicherung sind im ganzen 36 Brücken gebaut worden.

Die Kanalabgaben sind auf 30—60 Pf. pro Tonne vorgesehen, während sie bisher auf den märkischen Wasserstraßen erster Ordnung 20—44 Pf. betrugen. Dagegen beträgt die Frachtermäßigung für Transporte zwischen Berlin und Stettin infolge des Großschiffahrtsweges 75 Pf. für die Tonne.

Die Schiffahrtsstraße, welche wesentlich die Aufgabe hat, die größte preussische Seehafenstadt Stettin in ihrem Wettbewerb mit den nicht preussischen Nord- und Ostseehäfen zu stärken, der für Stettin durch den Nord-Ostseekanal wie durch den Eis-Trabelkanal und andere Wasserstraßen erheblich erschwert worden ist, beginnt in Blöhensee, folgt zunächst der Linie des alten Spandauer Schiffahrtskanals, verläßt diese aber bei Saatwinkel und mündet in die Spandauer Havel ein, deren Lauf sie bis Jönow folgt. Sie benutzt dann die ausgedehnte alte Havel bis zum Lehnitzsee und durchquert diesen See in seiner ganzen Länge. An seinem Nordende beginnt mit der Lehnitzschleuse die Scheitelhaltung des Großschiffahrtsweges, der von Walz ab im wesentlichen dem Zuge des alten Malzer Kanals folgt.

Bei Dusterlake verläßt er den Kanal und nimmt seinen Lauf fast genau östlich bis zum Abstieg bei Niederfinow. Wenige Kilometer westlich von Zerpenschleuse wird die Wasserscheide zwischen Elbe und Oder überschritten, dann der Jönow- und der Werbellinkanal gekreuzt. Nördlich von Eberswalde wird die Berlin—Stettiner Bahn mittels eines Rüdikanals überschritten und demnächst das Ragöser Fließ auf einem etwa 28 Meter hohen Damm. Bei Niederfinow erfolgt der Abstieg von der Scheitelhaltung in das Tal der alten Oder durch die schon erwähnte Schleusentreppe, die einen Höhenunterschied von 36 Metern überwindet. Der Unterkanal der Schleusentreppe mündet bei den Pieper Schleusen in den alten Jönowkanal; weiterhin benutzt der Großschiffahrtsweg die Gewässer des Pieper und Oberberger Sees und verfolgt von Oberberg ab den Lauf der alten Oder bis Hohenfaaten. Hier ist die Einmündung mit zwei Schleppzugschleusen einerseits in die Stromoder, andererseits in die Westoder.

Die neue Schiffahrtsstraße ist von den Blöhensee Schleusen bis Hohenfaaten rund 100 Kilometer lang. Diese ganze Strecke zerfällt, wie aus dem Gefallen hervorgeht, in nur drei Haltungen: die Havelhaltung, von Blöhensee bis Niederfinow, und die Oderhaltung, von Niederfinow bis Hohenfaaten. Der Großschiffahrtsweg ist im allgemeinen zweischiffig ausgebaut, jedoch ist eine Erweiterung zum dreischiffigen Verkehr vorgesehen.

Eine Anzahl Bauten vervollständigt das große Unternehmen. Das Hebewerk in Niederfinow soll weiter ausgebaut werden.

An Baukosten waren 43 Millionen Mark bewilligt; die aber um 3 Millionen überschritten worden sind.

Ohne Byzantinismus geht es auch bei diesem großen Werke nicht ab. Die einfache Bezeichnung: Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin genügt unseren Byzantinern nicht, deshalb taufen sie ihn um und gaben ihm den Namen „Hohenzollernkanal“.

Handel und Industrie werden durch den neuen Wasserweg gefördert und Berlin dürfte, wenn erst der jetzt in Angriff genommene Bau des Westhafens vollendet ist, von dem neuen Wasserweg besonders profitieren.

Vom städtischen Schulgarten.

Der in Planenfelde gelegene, 120 Morgen große Schulgarten der Stadt Berlin ist jetzt so weit ausgebaut und entwickelt, daß die Schuldeputation den Gemeindeführern den Besuch empfiehlt. Breite Wege führen mitten durch die großen Kulturflächen, auf denen die Pflanzen für den botanischen Unterricht gezogen werden. Der Hauptweg, an dem die Gewächshäuser liegen, ist zu beiden Seiten mit schönen blühenden Zierstäuben bepflanzt. In systema-

tischer Anordnung sind Beete mit den Staudenpflanzen und mit den Blütenpflanzen angelegt. Daneben gelegen ist die Gartenabteilung für die hauswirtschaftlichen Nutzpflanzen. Weiter findet man dort ein Pflanzenhaus für tropische Nutzpflanzen und schließlich eine Pflanzung von Laub- und Nadelgehölzen und sonstigen Pflanzengesellschaften. Ueberall sind Namensschilder angebracht, die dem Wissensbegierigen Gelegenheit zur Belehrung bieten. Durchwandert man einen Buchenwald, so läßt eine malerisch gelegene Schilfhütte mit ausgiebiger Sitzgelegenheit zum Ausruhen ein. An die Hütte grenzt eine ausgedehnte Wiese, hinter der große Karpenteiche mit Wasser- und Uferpflanzen liegen. Dort ist auch ein Erlendbruch, der an die Spielwiesen stößt, die allerdings in diesem Jahre den Schülern bei dem Besuch des Gartens noch nicht zugänglich gemacht werden konnten. Auch Vienenstände gibt es in der schönen Anlage, die von dem Leiter des Gartens, Bezirksgärtner Dreßler, gern gezeigt werden.

Der Bau der Großmarkthalle an der Beusselstraße

ist von der Marktallendeputation in großzügiger Weise in Angriff genommen. Für die Ausarbeitung des Bauprojektes setzte die Deputation eine Subkommission ein, welche unter Leitung von Interessenten und Sachverständigen ihre Arbeiten in mehreren Sitzungen erledigte. An den Beratungen beteiligten sich Vertreter der Berliner Handelskammer und des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft; ferner die Vorsitzenden des Vereins der Gemüsezüchter und des Vereins der Obstgroßhändler. Die städtischen Verkaufsbemittler waren durch drei Herren vertreten. Auch die Landwirtschaftskammer sowie die Oberzolldirektion hatte Vertreter entsandt.

Die Beratungen brachten als einmütiges Ergebnis, die Erbauung von drei Hallen den Gemeindebehörden zu empfehlen. Die erste Halle, nahe der Beusselstraße gelegen, wird eine Größe von 9000 Quadratmeter haben und soll für die Gemüsezüchter und Gärtner errichtet werden, welche ihre Früchte täglich durch Fuhrwerk der Halle zuführen. Hier sollen auch die Obsthändler des Habelganges und die Werberaner ihre Stände in einer Größe von 2000 Quadratmeter erhalten.

Anschließend wird sich nun die Halle, welche die Verkaufsbemittler, die Restauration, die Post und die Zollabfertigung aufnehmen soll. Diese Halle soll eine Größe von 12 000 Quadratmeter erhalten, sie wird noch 1000 Quadratmeter größer sein als die jetzige Zentralhalle. Die dritte Halle für Obst, ausländisches Gemüse und Früchte, Käsewaren, Fische usw. wird eine Fläche von 24 000 Quadratmeter erhalten.

Sämtliche drei Hallen bedecken also die enorme Fläche von 45 000 Quadratmeter und haben nach Abzug der Fahrwege und Gänge eine besetzbare Standfläche von 25 000 Quadratmeter oder fast fünfmal soviel als die jetzige Zentralhalle.

Ursprünglich war nur mit einer besetzbaren Standfläche von 15 000 Quadratmeter gerechnet. Viele Großhändler haben aber den dringenden Wunsch geäußert, möglichst große Stände zu errichten, ebenso haben die jetzigen Verkaufsbeamten, deren Zahl verdoppelt werden soll, allein eine Standfläche von 5000 Quadratmeter angemeldet. Die einzelnen Stände der Großhändler sollen auf 15 Quadratmeter bemessen aber so eingerichtet werden, daß zwei auch drei Stände zu einem vereinigt werden können.

In den Hallen sollen an den Außenseiten Galerien eingebaut werden, welche die Kontore der Großhändler aufnehmen oder auch als Lagerplätze Verwendung finden sollen. Die Zufahrtsstraße am Verbindungskanal wird in einer Breite von 33 Meter angelegt, so daß der Wagenverkehr ungehindert Platz findet. Ein großer Standplatz ist für Fuhrwerke noch außerdem in der Halle reserviert.

Der Eisenbahnanschluss soll zunächst für die Aufstellung und gleichzeitige Entladung von 136 Waggons eingerichtet werden; eine Erweiterung für eine ebensolche Zahl ist vorgesehen.

Mit diesem Anschluß dürften die jetzigen Wünsche der Großhändler volle Befriedigung finden. Die Kühlanlagen kommen in die Keller. Die gesamte Anlage einschließlich der Zu- und Abfahrtsstraßen wird unterkellert werden und die kolossale Fläche von 66 000 Quadratmeter — sechs mal so groß wie die jetzige Zentralhalle — bedecken. Nach den Kellern werden besondere Zufahrtsstraßen eingerichtet, so daß der Verkehr außerordentlich erleichtert wird. Die Entladung der auf dem Wasserwege zugeführten Güter erfolgt durch große Kräne, so daß dieselben direkt in die Keller oder Halle befördert werden können.

Mit Recht darf schon jetzt gesagt werden, daß die Verwaltung auf dem besten Wege ist, die Versorgung des Lebensmittelmarktes von Groß-Berlin in großzügiger Weise zu lösen; daran werden auch die Lucretiusbereiche verschiedener Großhändler und Hausagrarier nichts ändern.

Von einer Brücke abgestürzt.

Durch einen Sturz vom Brückengeländer tödlich verunglückt ist Dienstagabend der 71 Jahre alte aus Stettin gebürtige Arbeiter Adolf Radtke, der in der Wogenstraße 19 wohnte. Der alte Mann wollte sich nach Feierabend den Heimweg von der Arbeitsstätte abfärzen und deshalb die am Nordhafen über den Spandauer Schiffahrtskanal führende Kieler Brücke benutzen, obwohl sie wegen eines Umbaus gesperrt ist. Er kletterte auf das Geländer, um auf diesem entlang über die hölzerne Sperrschranke hinwegzukommen. Dabei verlor er aber das Gleichgewicht, fiel über 8 Meter tief auf die Uferböschung hinab, brach sich das Genick und war sofort tot. Die Leiche wurde nach Aufnahme des Befundes durch die Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schaufauf gebracht.

Die Klagen über die Sperrung dieser Brücke sind allgemein. Hunderte von Arbeitern müssen jetzt einen großen Umweg machen, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Es ist dringend erforderlich, die Arbeiten zu beschleunigen, damit die Sperrung ihr Ende erreicht.

Gaschulden-Eintreibung.

Wer sein Gasgeld nicht zahlt, dem wird die Gaszufuhr gesperrt. Um sich gegen Geldverlust zu sichern, verlangen die Gaswerke von manchen Abnehmern eine Kaution. Bei Abnehmern mit Gasautomaten ist diese Vorsicht überflüssig, weil hier Vorauszahlung geleistet wird und die im Apparat verwahrten Groschen jederzeit abgeholt werden können. Nicht so bequem macht sich die Sache, wenn ein Abnehmer mit Automat die Strafgebühr für Kinderverbrauch zahlen soll. Verbraucht sein Automat unter 300 Kubikmeter im Jahr, so sind für jedes daran fehlende Kubikmeter 3 Pfennig zu entrichten. Diese Strafe für kleine Gasabnehmer ist leider neuerdings in die Bedingungen wieder eingefügt worden. Aus einer Kaution die Strafgebühr zu decken, ist nicht möglich. Auf die Idee, auch für Nichtverbrauch von Gas eine Kaution zu fordern, ist man ja noch nicht verfallen. Wenn aber ein kleiner Gasabnehmer seinen Gas nicht verbraucht

zu bezahlen sich sträubt, so wird auch ihm die Gaszufuhr abgeschnitten. Doch was soll geschehen, wenn der bisherige Gasabnehmer selber auf weiteren Gasbezug verzichtet und den für das letzte Jahr festgestellten Kinderverbrauch zu büßen sich weigert? Mag sonst die Gasperre oder schon die Aussicht auf eine solche Maßregelung manchen widerwilligen Kinderverbraucher irre machen — den Gasabnehmer a. D. kann so etwas nicht mehr schrecken. Es bliebe noch die Möglichkeit, die Forderung einzulagern und mit dem Gerichtsvollzieher zu winkeln. Aber wo nichts ist, könnte natürlich auch der nichts mehr holen.

Bei den Gaswerken der Stadt Berlin weiß man auch für solche Fälle noch Rat. Das hat sich gezeigt gegenüber einem Mann, der einen Gasautomaten benutzt hatte, aber dann die eigene Wohnung aufgab. Als der Automat nebst Lampen usw. zurückgenommen wurde, wurden für Kinderverbrauch 4,88 M. gefordert, sowie 0,27 M. für eine zerbrochene Lampenglocke und 0,20 M. Ersatz für einen Fehlbetrag (wie er bei schlecht funktionierenden Automaten vorkommen kann). Nach dem Tode seiner Frau hatte der vereinsamte alte Mann die Wohnung hinter sich abgeschloffen und sich bei seinem in einem Vorort wohnenden verheirateten Sohn einquartiert. Die Wirtschaftsstücke blieben zunächst in der verlassenen Wohnung und die Miete mußte noch drei Monate bis zum Ablauf des Vertrages weiterbezahlt werden, aber die Wohnung wurde nicht benutzt und der Gasautomat selbstverständlich ebenfalls nicht. Die Gaswerke hätten durch ihre Angestellten, die von Zeit zu Zeit die Wohnungen der Gasabnehmer aufsuchen, sehr bald Kenntnis von diesem Sachverhalt erlangen können. Aber am Ende konnte ihnen das alles sehr gleichgültig sein; denn den sich etwa herausstellenden Kinderverbrauch mußte ja der Mann nachher bezahlen. Das Pech war nur, daß der Mann nachher erklärte, er könne nichts zahlen. Er ist invalide, verdient nichts mehr und wohnt seit Auflösung des eigenen Haushalts dauernd bei dem Sohn. Nun war dieser Sohn zum April 1914 nach Berlin übergesiedelt, mit dem Vater natürlich, aber nicht in dessen früherer Wohnung, und auch er hatte sich von den Gaswerken der Stadt einen Automaten aufstellen lassen. Als der Vater gegenüber dem wiederholten Zahlungsauftrag bei seiner Erklärung blieb, daß er jetzt nichts habe, drohten die Gaswerke mit — Abschneidung der Gaszufuhr. Wohlgedacht: über den Sohn, der nichts schuldet, sollte die Gasperre verhängt werden; denn der Vater selber hatte ja aufgeführt, Gasabnehmer zu sein. Und die Drohung wurde schließlich ausgeführt! An einem Vormittag kam ein Angestellter der Gaswerke in die Wohnung, forderte der Frau den Gas Schlüssel ab und legte eine Plombe an. Bestürzt lief die Frau nach der zuständigen Revierinspektion in der Gröpiusstraße, aber hier „belebte“ man sie, die Gasperre sei zu Recht verhängt worden, der Sohn müsse (meint die Herrin!) jene Kinderverbrauchsgebühr für den Vater zahlen, man könne sie vor dem Sohn (behaupteten sie!) sogar einlagern. Nur dadurch, daß die Frau einstweilen 1 M. hergab, erreichte sie, daß am Abend um 1/2 10 die Sperre nach einstündiger Dauer wieder aufgehoben wurde. Wir wollen ausdrücklichs feststellen, daß die Gaswerke von Anfang an nicht über die Angelegenheit im Unklaren sein konnten. Sie wußten, daß es sich um zwei verschiedene Personen, Vater und Sohn, handelte. Der Vater hat einen anderen Vornamen als der Sohn und die schriftlichen Zahlungsaufforderungen trugen stets den richtigen Vornamen des Vaters, so daß eine Personenvertauschung nicht vorliegen kann. Auf der Revierinspektion war man über beide Personen genau unterrichtet, aber man behauptete fälschlich, der Sohn müsse eben hier für den Vater eintreten.

Wir hätten das Verfahren, dem Sohn die Gaszufuhr abzuschneiden, weil der Vater den Gaswerken noch Geld schuldet, bisher nicht für möglich gehalten. Wie die Forderung, daß der Sohn diese Schulden für den Vater zahlt, bei der gegebenen Sachlage durch kein Gesetz geschützt wird, so kann auch die Maßregel, über den nicht schuldenen Sohn die Gasperre zu verhängen, durch keine der Bedingungen für Gasautomatenbenutzer begründet werden. Uns fällt hier eine alte Verfügung ein, die der Magistrat über „die Abschneidung der Gasleitung als Zwangsmittel“ vor jetzt bald 40 Jahren, im Oktober 1877, erlassen hat. In jener vor übertriebener Strenge warnenden Verfügung, die wir den Gaswerken noch heute zur Lesüre empfehlen möchten, selbst wenn sie inzwischen außer Kraft gesetzt worden sein sollte, steht: „Bei Verneugung dieses leicht gefällig erscheinenden Zwangsmittels muß immer in Betracht gezogen werden, daß die Gasanstalt, wenn sie auch als industrielles Unternehmen betrachtet wird, doch ein kommunales Institut ist, welches nicht überall dem Publikum gegenüber so auftreten kann, als dies einem Privatunternehmen gestattet ist“. Heute handelt ein kommunales Institut — die Gaswerke der Stadt Berlin — so, wie wir es nicht mal einem Privatunternehmen verzeihen würden.

Im Freibad ertrunken.

Im Freibad Reptunshain ist der in der A.-E.-C. Brunnenstraße beschäftigte Metallendreher Richard Reffel aus Lichtenberg, Müggelsp. 8 wohnhaft, beim Baden ertrunken. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Ein Bootsunglück ereignete sich Dienstagmorgens bei Reptunshain auf der Havel. Der Dampfer der Meierei Volle brachte einen Schleppkahn nach Köpenick. Ein mit zwei Männern besetzter Aulerkahn wollte zwischen Dampfer und Kahn unterm Schleppkahn hindurchfahren, wobei der Kahn überannt wurde. Die beiden Insassen fielen ins Wasser, wurden aber, da sie schwimmkundig waren, gerettet.

Gerädert.

Einen graufigen Hund machte man gestern morgen um 5 1/2 Uhr auf der Reutölln-Mittelswalder Kleinbahn auf dem Bahnhöfen in der Gemarkung Brigg. In der Nähe der Triftstraße lag die schrecklich verhäulmte Leiche eines Mannes, dem der Kopf und der rechte Fuß abgefahren worden waren. Der Kopf lag 10 Meter vom Krumpf entfernt und der Fuß noch weiter weg. Ein Gendarmenwachmeister sammelte die Leichenteile und ließ sie nach dem Weiger Schauhaus bringen. Die Ermittlungen ergaben, daß ein Selbstmord vorliegt. Der Tote wurde festgestellt als ein 24 Jahre alter Gärtnergehilfe Otto Stittardt aus der Mariendorfer Allee in Brigg. Der junge Mann, der verheiratet war, machte seinem Leben wegen trauriger Familienverhältnisse ein Ende, indem er sich am Dienstagabend kurz vor 11 Uhr vor einen Zug warf und überfahren ließ.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich am Mittwochmorgens am der Köpenicker Brücke. Dort spielte das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Winter, Langestraße 71 wohnhaft, mit mehreren Altersgefährten. In seinem Eier lief das Kind auf den schmalen Pfostenstreifen am Verbindungskanal und stürzte plötzlich in die Fluten. Unglücklicherweise geriet der Kleine unter einen dort liegenden Kahn; er wäre rettungslos verloren gewesen, wenn nicht in diesem Augenblick ein Sergeant an der Unfallstelle vorübergekommen wäre und nach mehrmaligem Tauchen das Kind, das

(Alkohol, Nikotin, Tabakergüssen usw.) ausgegeben werden. Nicht weniger als 100-140 Millionen will Herr v. Bieberstein in kurzer Zeit auf diese Weise zwangsweise ersparen.

Worum es sich bei diesem sonderbaren Spartopf eigentlich handelt, hat der Redner gleich mit Verrat: die männliche Jugend soll die ersparte Summe nur dann zurückerhalten, wenn sie sie zum Erwerb eines Hauses auf dem Lande verwendet. In städtischen Gegenden dürfen die ersparten Beträge nur in Bausparvereine zusammengeführt werden. Wer sich diesen Vorschriften nicht fügt, soll nur die Mieten des ersparten Guthabens bekommen. Natürlich würden die Unternehmer — damit wurden einige Bedenkliche beschwichtigt — leinenswegs zu Beiträgen herangezogen werden dürfen. Es sind Gemütsmenschen, diese Landräte, die im Eifer ihrer junkerlichen Klaffenstimmung Kärnerdienste zu leisten, auch vor den größten Anfechtungen auf Vorkerk nicht zurückbleiben. Daß der Vorschlag des edlen Freiherrn Bieberstein die völlige Aufhebung der Freizügigkeit und eine mit dem elterlichen Erziehungsrecht im Widerspruch stehende Vormundschaft bedeutet, stört ihn nicht im geringsten. Zum Glück sorgt die wirtschaftliche Entwicklung, die ohne die Freizügigkeit des Proletariats nicht denkbar ist, daß die Bäume der Landratsjunkerei nicht in den Himmel wachsen.

Eine amtlich „erwogene“ Jugend-Sonnenwendfeier.

Die Berliner Arbeiterjugend will eine Jugend-Sonnenwendfeier in den Götener Bergen veranstalten. Das Programm lautet: Einleitungsgefang des Arbeiter-Gesangsvereins Friedrichshagen; Männerchor, Rezitation, Festansprache (Redner: Dr. Reichardt), Abrennen eines Höhenfeuerwerks. Dem Beschluß der Veranstaltung sollen Reigen und Essenzen folgen. — Das preussische Regierungsorgan, die „Nordb. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Es wird damit gerechnet, daß bei gutem Wetter etwa 30.000 Jugendliche, deren Eltern und Freunde usw. sich an dieser Sonnenwendfeier beteiligen werden. Andererseits aber wird amtlich erwogen, eine solche Feier nur in beschränkter Höhe zuzulassen, da die Gefahr vorliegt, daß bei dem Zusammenströmen einer solchen Volksmenge die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden könnte.“

Wenn viele Tausende der patriotischen Jugend Wälder und Felder unsicher machen und es bei ihren Kriegsspielen toll treiben, da kräht kein Hahn danach, so wird der Jugend der Grundjah „Meines Recht für alle“ vordemonstriert!

Der Vatikan und das Zentrum.

In einer Polemik gegen die „Köln. Volkszeitung“, die wieder einmal aus den Verhandlungen des Zentrums mit der Kurie anlässlich des Septennatstreffens die politische Unabhängigkeit des Zentrums zu beweisen suchte, schreibt die Korrespondenz des Grafen Opperdorff:

Gerade diese Verhandlungen sind geeignet, die Abhängigkeit der Partei von Rom darzutun. Es ist doch Tatsache, daß das Zentrum gelegentlich des Septennatstreffens Beschlüsse von Rom erhielt, daß also Rom das Recht in Anspruch nahm, solche Beschlüsse dem Zentrum zu erteilen. Und dieses Recht begründete die Kurie mit der in dem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Jacomini wörtlich zum Ausdruck gelangten Ansicht, das Zentrum sei eine „katholische parlamentarische Bewegung“ (Note Jacomini vom 21. Januar 1887). Es ist ferner Tatsache, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags die Meinung positiver Natur, die Rom ihr in der Septennatssache mitteilte, sehr gegen ihren Willen befolgte und so der Regierungsvorlage, dem Wunsch nach, daß sie sich für die Abfertigung der Vorlage dem Willen des Papstes gemäß zum Siege verhalte. — Es ist weiter Tatsache, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags damals nicht nur ihre Entscheidungen, sondern sogar ihre Erwägungen vom Willen des Papstes insofern abhängig machte, als sie durch ihren Vorsitzenden Reichherrn v. Franckenstein beim St. Stuhl anfragen ließ, ob Rom die Weitererzählung des Zentrums für nötig halte. Wenn der Papst die Weitererzählung der Fraktion nicht für nötig halte — so erklärte der Fraktionsvorsitzende ausdrücklich —, dann würde er auch nicht mit der Wehrzahl seiner Kollegen ein neues Mandat mehr annehmen. Es ist endlich Tatsache, daß Kardinal-Staatssekretär Jacomini nicht nur Beschlüsse gab, die in Form von Wünschen ausgebrückt waren und trotzdem befolgt wurden, sondern den Fraktionsvorsitzenden auch einen Auftrag erteilte, er solle nämlich durch den Münchener Kunzjus den Reichherrn v. Franckenstein beauftragen, die Zentrumsabgeordneten von den römischen Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Wirklich, wenn einer die Abhängigkeit des Zentrums von Rom beweisen wollte, dann könnte er nichts Besseres tun, als zur Geschichte des Septennatstreffens greifen.

Man braucht in die Intimitäten der Zentrumspartei nicht hineingeblickt zu haben, um zu wissen, daß auch heute noch kirchliche Weisungen in die Partei ergehen. Ein Brief reiste bei den Bischöfen herum, um sich nach deren Ansichten zu erkundigen. Heute gibt es mündliche und schriftliche Verhandlungen, nicht in jeder Frage selbstverständlich, aber in allen Dingen, die schwierige theologische oder kirchliche Probleme berühren. Man möge diese Tatsachen doch nicht immer ableugnen, dann ist es auch nicht nötig, sie im Interesse der geschichtlichen Wahrheit zu betonen. Herr Opperdorff spricht da aus seiner intimen Kenntnis der Zentrumspartei heraus.

Die Lage auf dem kirchlichen Kriegsschauplatz.

Das modernistische „Neue Jahrhundert“, das Organ der reformkatholischen Kreis-Gesellschaft, gehört zu den schärfsten Gegnern des römischen Integralismus. Um so bemerkenswerter ist es daher, daß das Blatt (Nr. 24) in einem römischen Briefe die neuesten Ereignisse als Erfolge der Integralen bezeichnet. Es grenze überhaupt aus Unleserlichkeit, daß die Blätter der „Adiner“ Richtung allmählich mit großer Geste ihrem Publikum versichern, die Integralen seien nun endlich ganz tot; Rom habe sie offiziell abgeschüttelt. Wohl fände die päpstliche Kurie nicht auf integraler Seite; die Kirche werde aber nicht von den Kardinalen und Merry del Val regiert, sondern von Pius X., von De Lai und insbesondere von Mgr. Bressan, dem Geheimsekretär des Papstes, und diese Herren seien die Integralen zugetan. Vom Papste würden die „abgehödeten“ Integralen ermahnt und belohnt. Als man versuchte, zwei Integrale beim Papste anzusprechen, habe dieser gesagt: „Ja, will nicht, das man sie antaste; sie sind gut.“ Und die „Unita Cattolica“, eines der bekanntesten Quertreiberblätter, werde aus den päpstlichen Kassen gespeist. Die Ansprache des Papstes beim letzten Konsistorium werde von der gesamten Presse in integralen Sinne gedeutet, und das mit Recht.

Gelegentlich der Kardinalsernennungen hatte die Weltöffentlichkeit darauf hingewiesen, daß drei den höchsten Würdenträgern günstig gestimmte Erzbischöfe den roten Hut erhalten hätten. Dazu schreibt das „Neue Jahrhundert“:

Die Ernennung der Erzbischöfe von Köln und Wien hat doch wahrlich keine besondere Bedeutung, sie sind einfach „cardinali a posto“, ihr Sitz bringt diese Würde mit sich. Aber die Ernennung v. Bettingers (Wien) ist doch so wichtig, daß auf eigene Initiative Pius X. zurückschreiten sein! Man kann so eine „Initiative“ durch diplomatische Mittel und geschickte Manöver herbeiführen. Darüber konnte uns die bayerische Monarchie beim heiligen Stuhl, die ja mit Weltöffentlichkeit im Eifer und Geschicklichkeit arbeitet, etwas erzählen. Daher ist auch sicher, daß es der Wunsch des Monarchen

war, daß Bayern nach langer Zeit wieder einen Kardinal habe. Von besonderem Rücksicht auf die Kölner Lage gar keine Rede sein.“

Uebrigens wird die Ansicht des „Neuen Jahrhunderts“ ja auch bestätigt durch die Indizierung Waders.

Aufgefressen!

Unsere ironische Bemerkung, daß das Unterlassen des Königs-hochs in den beiden Häusern der preussischen Duma wohl auf die erzieherische Wirkung des Eigenbleibens unserer Fraktion zurückzuführen sei, beantwortet das „Berl. Tagebl.“ mit einer wütenden Polemik. Es stellt fest, was wir übrigens wirklich auch wußten, daß schon vor zwei Jahren bei der Verjagung das Hoch unterblieb. Es zieht aber daraus nicht die Konsequenz, daß diese Hocherei auch im Reichstag ganz überflüssig sei, sondern laßt uns an, daß wir mit unserer Darstellung die „ungeheure Dummheit“ der Kaiserhoch-affäre „forttäuschen“ wollten! Ach wir wollten niemanden täuschen und unsere Schuld ist es nicht, daß das „Berl. Tagebl.“ sich so täuschen ließ! Denn daß unsere Demonstration just die preussischen Herrenhäuser zur republikanischen Wende erziehen werde, haben wir nicht geglaubt — beinahe ebenso wenig, als daß das „Berl. Tagebl.“ einem Spahvogel aufsitzen werde, der die Intelligenz dieses Intelligenzblattes so richtig einschätzte, wie wir sie überschätzten hatten.

Rückschrittliches aus dem „Musterlande“.

Die Zweite badiische Kammer nahm am Mittwoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und vier Freisinnigen die von der Regierung vorgelegten Bestimmungen über die Zwangsarbeit in der Armenpflege an. Es kam hierbei wieder einmal zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Minister v. Bodman und unserem Genossen Frank. Bodman erhob gegen Frank den Vorwurf, den Bezirksrat beleidigt zu haben, indem Frank dem Bezirksrat das Volkvertrauen abgesprochen habe. Genosse Frank entgegnete mit altemännlichen Nachweisen aus der Landtagsession von 1878. Dort seien seine Argumente wörtlich zu finden. Ein badiischer Minister solle übrigens, ehe er solche Anklagen erhebt, zunächst die Geschichte des badiischen Parlaments kennen. v. Bodman schweig.

Der frühere Kreisdirektor Wahl in Zabern hatte nach den bekannten Zaberner Vorgängen gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren beantragt. Dieses ist jetzt eingestellt worden. Es liegt also kein Anlaß vor, gegen ihn einzuschreiten; trotzdem wurde Wahl seinerzeit nach Thoma verjagt.

Dem Verdienste seine Krone. Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, erhielt der Zentrumsführer Abgeordneter Dr. Fichler anlässlich des Besuchs des Königspaares in Passau den Verdienstorden der bayerischen Krone und damit den persönlichen Adel.

Das Ministerium Viviani.

Die Reaktion jubelt.

Paris, 17. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gestrige Sitzung entzweit die Briandisten und befriedigt die reaktionäre Presse, die hervorhebt, Viviani Formel sei ebenso entschieden wie Ribots, und über die demoralisierende Prospolitik der Radikalen vernagelt ist.

„Radikal“ befragt die Zweideutigkeit, durch die Viviani das Vertrauen des Nationalisten Mittelwege gewann. Welche Enttäuschung sei der Zerfall der Linksmehrheit Tröstlich für die Regierung eine republikanische Mehrheit hinter sich habe, was eine Bürgschaft gegen ein Gleiten nach rechts sei; aber besser wäre eine kleinere Mehrheit gewesen, bestehend aus allen Linkspartheien und ausschließlich aus diesen.

Tatsächlich zeigte die Abstimmung den Zusammenbruch der radikalen Einigung; nur 17 unterstützten die sozialistische Opposition, 8 enthielten sich der Stimme, und 143 votierten für das Vertrauensvotum. Die Briandische Mehrheit war nach links erweitert worden. Die Progressiven und ein Teil der Liberalen und Monarchisten leistete ihr durch Enthaltung verschämte Unterstützung.

„Debaté“ feiert drei Resultate: Das Heeresgesetz ist außer Frage gestellt, die Sozialisten sind von den Radikalen getrennt, das Programm von Pau hat Jaures als einzigen Verteidiger.

„Lanterne“ behauptet in einem die radikale Zweideutigkeit abspiegelnden Artikel, die Abstimmung hätte nur das Vertrauen, nicht aber eine Billigung enthalten, warnt aber Viviani vor einer Schwäche.

General Percin belämpft in der „Aurore“ den Widerstand, die Frage der Dedungstruppen mit der Jugendausbildung zu verknüpfen.

Jaures schreibt, die Abstimmung habe nur eine provisorische Bedeutung. Die dreijährige Dienstzeit beherrschte zwar die Debatte, aber man warte nicht die leiseste Auspielung in der Tagesordnung. Ja, die Regierung selbst opponierte, als die Progressiven einen Hinweis auf die ministeriellen Erklärungen forderten. Klarheit sei aber notwendig, ob die Regierung sich für oder gegen die Demokratie entscheiden wolle. Das Heeresproblem tauche unablässig bei der Ernennung der Generale auf, die das Ministerium gestern in den Coullois zur Verjagung der Radikalen versprochen. Jaures kündigt an, bei Verjagung des Anleihegesetzeswurses und der Fiskalreform und bei der Besprechung der Mißstände der Heeresorganisation der Heereskommission Material vorzulegen und eine Untersuchung zu fordern, die die Unfähigkeit des Generals als nachweisen und den Zusammenbruch seines Geschehs herbeiführen werde. Auch die angeführten Heeresreformen würden das Problem erneuern, entweder sind sie wertlos, und die Sozialisten würden das nachweisen, oder ernst und verlangen dann die Umwandlung des Heeresystems und die Verkürzung der Dienstzeit.

„Temps“ wendet sich gegen den „Vorwärts“, der die Verknüpfung der dreijährigen Dienstzeit mit der auswärtigen Politik Frankreichs betonte. Die gestrige Abstimmung zeige, daß Frankreich Allianzen und Freundschaften nicht ausschliesse; sie sei ein Akt der auswärtigen Politik. Tatsache sei, daß 142 Radikale unterstützten, was sie bisher im Rahmen des Programms von Pau belämpften, und die Sozialisten mit ihrer Mitforderung angegeschlossen seien.

Die Zusammenfassung der ministeriellen Mehrheit.

Paris, 17. Juni. Nach dem amtlichen Bericht umfasst die Mehrheit von 308 Stimmen, welche dem Ministerium Viviani ihr Vertrauen aussprach, 142 Vereinigte Radikale, 14 Sozialistisch-Radikale, 20 Republikanische Sozialisten, 64 Mitglieder der Radikalen Linken, 56 Linkerepublikaner, 24 Mitglieder der Demokratischen Linken, 4 Unabhängige Sozialistische Republikaner, 8 Gemäßigte Republikaner und 25 Wübe. Gegen das Ministerium stimmten sämtliche 101 Mitglieder der Gruppe der Vereinigten Sozialisten, 1 Revolutionärer Sozialist, 18 Vereinigte Radikale, 1 Gemäßigter Republikaner, 14 Konservativen und 4 Wübe. Der Abstimmung enthielten sich 93 Abgeordnete, der Mehrzahl nach gemäßigte Republikaner und Konservative.

Die gemäßigten republikanischen und konservativen Blätter äußern ihre lebhafteste Befriedigung darüber, daß nunmehr die Durchführung des Dreijahresgesetzes gesichert scheint, machen jedoch aus ihren Bedenken bezüglich des sonstigen Programms des neuen Ministeriums kein Hehl.

Die griechisch-türkische Spannung.

Mißregelung türkischer Beamten.

Konstantinopel, 16. Juni. Der Minister des Innern Talat Bey hat hier telegraphisch, daß er den Gouverneur der Dardanellen und des Sandchaks wegen Nachlässigkeit in der Frage der Auswanderung der Griechen sowie den Gouverneursstellvertreter von Kivali wegen eigenmächtigen Verlassens seines Postens abgesetzt habe.

Verhängung des Belagerungszustandes in den unruhigen Distrikten.

Konstantinopel, 17. Juni. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Pforte, über das Sandchak der Dardanellen und Smyrna den Belagerungszustand zu verhängen.

Eine russische Vermittlungsaktion.

Konstantinopel, 17. Juni. Wie verlautet, hat die russische Botschaft es übernommen, zwischen der Pforte und dem Patriarchat wegen der Wiederoeffnung der griechischen Kirchen und Schulen zu vermitteln. Auf die diesbezüglichen Schritte der Botschaft soll das Patriarchat erwidert haben, seine Bedingungen seien: die Wiedereinsetzung der Ausgewanderten in ihre Häuser, von denen der größte Teil bereits durch eingewanderte Muselmanen besetzt worden sei, Rückgabe ihrer Habe und Schadloshaltung, Beendigung des Boykotts und der Verfolgung der Griechen, schließlich sichere Bürgschaften für die Zukunft und für den Augenblick die Einsetzung einer europäischen, nach einer anderen Version einer russisch-englischen Kommission, die die Ausführung der angeführten Bedingungen überwachen soll.

Amerika.

Die Verhandlungen in Niagara Falls.

Niagara Falls, 17. Juni. Die amerikanischen Delegierten der Friedenskonferenz haben sich nach Buffalo begeben, um mit den Vertretern des Generals Carranza zu konferieren. Wie man erfährt, erwarten sie, die Liste derjenigen Mexikaner zu erhalten, unter denen die Konstitutionalisten einen provisorischen Präsidenten zu wählen bereit wären.

Schlechte Friedensausichten.

Niagara Falls, 17. Juni. In der gestrigen Konferenz der amerikanischen Delegierten mit den Vertretern der Konstitutionalisten, die in Buffalo stattfand, ist der Versuch, die Rebellen in Uebereinstimmung mit den Zielen der Vermittlungskonferenz zu bringen, gescheitert. Die Konstitutionalisten teilten den Amerikanern mit, sie seien nicht inlande, einem Waffenstillstand zustimmen; sie erklärten ferner, nur ein hervorragender Mann aus ihren Reihen sei für sie als provisorischer Präsident annehmbar. Da sich die Delegierten Cuertas ihrerseits weigern, einen Rebellen als provisorischen Präsidenten anzunehmen, glauben alle an den Vermittlungsverhandlungen Beteiligten, daß am Freitag die letzte Sitzung stattfinden wird. Die Vermittler selbst haben die Hoffnung aufgegeben, das Problem der inneren Lage Mexikos zu lösen.

Konflikt zwischen Villa und Carranza.

New York, 17. Juni. Telegramme aus El Paso melden, daß Villa in der vergangenen Woche Carranza seinen Verzicht auf den Oberbefehl angeboten hat. Daraufhin hielten Villas militärische Führer eine Konferenz ab und benachrichtigten Carranza, daß sie keinen anderen Führer anerkennen würden als Villa. Gestern besetzte Oberst Ornales, der Militärgouverneur von Juarez und Parteigänger Villas, mit Waffengewalt die Telegraphenämter von Juarez, die unter Carranzas Kontrolle stehen. Villa hat allen Garnisonkommandeuren des Gebietes, das unter seiner Kontrolle steht, befohlen, unterwürdig nach Torreón zu kommen.

Die Rebellen verlieren ein Seegefecht.

Washington, 17. Juni. In einem Gefecht zwischen Cuertas Kanonenboot „Guerrero“ und dem Rebellenkanonenboot „Tampico“ nahe Mazatlan ist die „Tampico“ unterlegen. Admiral Comandante, daß der Kapitän und der erste Ingenieur des „Tampico“ Selbstmord begangen hätten.

Letzte Nachrichten.

Bauarbeiterausperrung in Celle.

Celle, 17. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Hier ist eine große Zahl Bauarbeiter und Zimmerleute ausgesperrt worden. Zugang nach Celle ist fernzuhalten.

Eine Niederlage der Aufständischen.

Salona, 17. Juni. Die Regierungstruppen haben, wie die albanische Korrespondenz meldet, unter der Führung des Majors Vesim nach hartnäckigem Kampfe mit den Aufständischen die Höhen von Ardenica erklüftet und die Aufständischen unter Verlusten in die Flucht geschlagen. Diese zogen sich in der Richtung Jukhna zurück, wohin die Regierungstruppen vortrücken sollen.

Die Schlappe ausgewetzt.

Turazzo, 17. Juni. (7 Uhr 15 Minuten abends. Meldung der Agenzia Stefani.) Das aus etwa 1000 Kriediten und Radikalen bestehende Expeditionskorps ist von den Aufständischen umzingelt und dezimiert worden.

Attentat auf den deutschen Botschafter in Nordamerika.

Champaign (Illinois), 17. Juni. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff ist heute knapp dem Tode entgangen, als ein Polizeibeamter auf das Automobil feuerte, in dem sich der Botschafter zu der Semester-Eröffnungsfeierlichkeit an der Universität Illinois begab.

Graf Bernstorff kam von der Eisenbahnstation. In seiner Begleitung befand sich unter anderem der Vizepräsident der Universität. Der Polizeibeamte forderte das Automobil auf, zu halten. Da er jedoch nicht in Uniform war, wurde sein Befehl unbeachtet gelassen. Darauf feuerte er den Schuß ab. Es wurde nur ein Schuß abgegeben.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Freitag, den 19. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseest. 110:

Öffentl. politische Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der neue preußische Minister des Innern und der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

2. Diskussion.

Referent:

Genosse Rechtsanwalt **Dr. Hugo Heinemann.**
Arbeiter und Arbeiterinnen!
Erscheint in Massen!

Der Einberufer: **Friedr. Stäffler**, Bankstr. 65.

298/12*

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes für das letzte Halbjahr und Jahresbericht für 1913/14. — Bericht der Revisoren. — Diskussion. — Neuwahlen des Vorstands und Ausschusses, der Revisoren und der Verwaltung und Ordnerschaft.

Die alten Mitgliedskarten sind behufs Erneuerung zum Umtausch am Tage nach der Juni-Generalversammlung abzugeben.

Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Die Mitglieder werden gebeten, unzutreffende Angaben über Namen und Wohnung auf der Mitgliedskarte zu berichtigen, da im nächsten Spieljahr jedem Mitglied das Vereinsheft durch die Post zugesendet wird. Etwaige Wünsche bezügl. Umschreibung in eine andere Abteilung sind bei Abgabe der Karte zu äußern.

Diejenigen Mitglieder, welche im nächsten Spieljahr als Ordner fungieren wollen, werden gebeten, ihre Adresse der Geschäftsstelle einzusenden und in der Generalversammlung zu erscheinen. 244/9

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Tischler. Bezirk östliche Vororte.

Montag, den 22. Juni 1914, abends 5 1/2 Uhr, in der Riebeck-Brauerei, Frankfurter Allee 53:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag. Referent: Kollege A. Borchardt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Möbelpolierer.

Montag, den 22. Juni (gleich nach Feierabend), in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Achtung! Bibliothek. Achtung!

Vom Montag, den 15. Juni, ab werden keine Bücher mehr ausgegeben. Bis zum 30. Juni müssen alle noch ausstehenden Bücher wegen Inventur eingeliefert sein. 89/3

Die Ortsverwaltung.

* Für die Fahrt zur Bugra *

Sobald erschienen:

Pharus-Plan der Bugra

Preis 20 Pf.

Pharus-Plan von Leipzig

mit illustriertem Führer — Preis 25 Pf.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin · Büro: C 25, Münzstr. 20

Freitag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht über das 1. Quartal 1914. 2. Bericht vom Verbandstag in Hannover. 3. Diskussion. 4. Wahl der fünf ehrenamtlichen Beisitzer zum Hauptvorstand. 5. Wahl der Vorort-Agitationskommission. 6. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung wird zahlreiche Beteiligung erwartet. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Wer mit mehr als 3 Beiträgen im Rückstande ist, hat kein Recht auf Teilnahme an der Versammlung. 7/15*

Die Ortsverwaltung.

Krankenunterstützungs- und Sterbekassen-Verein Berlin-Friedenau.

Sonntag, den 19. Juli, nachm. 4 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Klabe, Friedenau, Handjersstr. 61.

Tagesordnung:

1. Umwandlung der Kasse in einen Sterbekassenverein. 2. Beratung und Beschlußfassung der Statuten. 3. Kassenangelegenheiten.

Hermann Müller, Ernst Reiche, Kassierer. 285/12

Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne 0.95 an Migge, Schönhauser Allee 146 a. Alle Hüte werden zu Schuten gepreßt.

Theater.

Donnerstag, den 18. Juni
Anfang 4 1/2 Uhr.

Boigt-Theater. Das Winternachtsmädchen.
Anfang 5 Uhr.

Passage-Theater. Rino-Cariola.
Potsdamer Naturtheater. Ill. Potsdam.
Anfang 7 Uhr.

Eines Nollendorf-Theater.
Eine tolle Nacht.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Zum Hochzeits der Jungfrau.
Deutsches Opernhaus. Undine.
Deutsches Künstler-Theater. Jeppe vom Berge.
Leitung. Das Märchen vom Wolf. Theater an der Weidenbammerbrücke. Der milde Theodor.
Schiller O. Mein erlauchter Ahnherr.
Schiller Charlottenburg. Klein-Eva.
Berliner. Wie einst im Mai. Königgräber Straße. Nr. 20. Kleines. Letzten Herbst. Thalia. Wenn der Frühling kommt. Wiese. Zwischen Himmel und Erde. Wontke Operetten. Als ich noch im Flügelkleide.
Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Palast-Theater. Varieté und Lichtspiel.
Berliner Prater-Theater. Origi. Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Nollendorplatz. Der Juxbaron.
Lustspielhaus. Die spanische Fliege. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Scheidungsehe.
Berlino. Refakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Informativteil von...

Uta. Der milde gelbe Wahn. Folies Caprice. Die Leibwächlerin. Die Amordrögen. Das Bett Napoleons. Ah — da staua' ich.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volks-Theater. Hans Hudebain. Die verfluchte Uebe. Admiralspalast. Im Langostud.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Mein erlauchter Ahnherr.
Freitag, abends 8 Uhr: Mein erlauchter Ahnherr.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Mein erlauchter Ahnherr.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Klein-Eva.
Freitag, abends 8 Uhr: Heiligewald.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Klein-Eva.

Theater in der Königgräzter Straße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die Scheidungsehe.

Deutsches Künstlertheater Sozietät.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
Täglich 8 Uhr:

Jeppe vom Berge.

Theater am Nollendorplatz 5.
8 1/2 Uhr:
Der Juxbaron.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Herr D'rektor Kuhlcke
Urfant. Burleske von Reysel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 18. Juni 1914:
Großes Riesen-Brillant-Feuerwerk
ausgeführt von dem Kunstpyrotechniker E. Nielandt.
Außerdem:
Monster-Konzert und Varieté-Vorstellung.
16 erstklassige Varieté-Nummern (vollständig neues Programm).
Konzert Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf. Varieté 6 Uhr.
Im Neuen Saal: Großer Ball.

ROSE-THEATER

(Große Frankfurter Str. 139.)
Zwischen Himmel u. Erde
Anfang 8 Uhr.
— Auf der Gartenbühne —
Hand um die Pyree. Or. Revue.
Sach: Konzert. Spezialit. Anf. 4 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Lebend!
Die letzten weiblichen Azteken!

Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrücker. Aga, die schwebende Jungfrau. Buddha Geisterfestel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 präzis:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Radjah
in ihren Tänzen Johnson u. Dean Jeanette Denardor mit ihrem Ragtime-Sextett Ballon

10 hervorragende Kunstkräfte
Entreeplatz wochentags M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Zum Hochzeits der Jungfrau.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreise:
Zoo 1 M., von 9 Uhr ab 50 Pf.
Aquar. 1 M. v.d. Str. 50 Pf. v.d. Str.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte

Neu: AQUARIUM
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends

Admiralspalas Eis-Arena.

Die Novität „Im Tangoklub“ und das effektvolle Eisballspiel „Die lustige Puppe“.
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung

Folies Caprice

Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Leibwächlerin. Die Amordrögen. Das Bett Napoleons. Ah — da staua' ich.

Voigt-Theater

Badstraße 58.
Sente, sowie täglich:
Das Winternachtsmädchen.
Or. Ausstattungsbild m. Gef. u. Tanz
Gänzlich neue Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio

Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L